



NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL
DEZEMBER 2022 | AUSGABE 5



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein herausforderndes Jahr neigt sich dem Ende zu. Doch trotz oder gerade wegen der vielen Krisen sollten wir die kommenden Tage nutzen, um zur Ruhe zu kommen und die Sorgen und Hektik des Alltags für einen Moment hinter uns lassen.

Und dann gelingt sicher auch ein Blick zurück auf die kleinen Glücksmomente und Begegnungen, die das Jahr 2022 auch im positiven Sinne zu etwas ganz Besonderem gemacht haben.

Ich wünsche euch und euren Lieben ein wunderschönes und erholsames Weihnachtsfest und einen guten Start in ein gesundes, glückliches und friedlicheres Jahr 2023!

Eure Nina

INHALT

AUS DEM LANDTAG

- Verfassungsbruch mit Ansage **Seite 2**

- Entschädigung für die Opfer von Lügde **Seite 3**

- Straßenausbaubeiträge abschaffen
- Mietpreise senken **Seite 4**

- Weil Teilhabe auch Geldsache ist **Seite 5**

- Blick hinter die Kulissen Teil II **Seite 6**

AUS DEM WAHLKREIS

- Mein Besuch im Haus Hall
- Hilferuf für das Bocholter Tierheim **Seite 7**

- Zu Besuch im Jugendtreff "Alte Fabrik"
- Gastbeitrag von Marvin Buchecker **Seite 8**



VERFASSUNGSBRUCH MIT ANSAGE

ZU DEN CHAOTISCHEN UND FRAGWÜRDIGEN HAUSHALTSBERATUNGEN IN DIESEM JAHR



Einen Haushalt einzubringen ist die erste Herausforderung, die jede neue Regierung meistern sollte – diese hat es leider nicht so ganz geschafft. Schon vor der ersten Plenardebatte sagte der Landesrechnungshof, dass die Pläne nicht verfassungskonform sind – in einem historischen Schritt. Dabei war das tatsächlich eine Bauchlandung mit Ansage. Jeder und jede von uns weiß, dass wir nicht einen Kredit für ein Haus aufnehmen, und dann stattdessen in den Urlaub fahren können. Das gilt auch in der Politik: Wenn das Land Kredite für einen Grund aufnimmt, müssen sie auch für diesen Grund ausgegeben werden – auch bei Corona. Geld, das über den Rettungsfond aufgenommen wurde, musste auch für die Bekämpfung der Pandemie ausgegeben werden. Diese Regel soll verhindern, was genau jetzt passiert – dass Regierungen Geld aufnehmen, ohne einen konkreten Anlass dafür zu nennen. Es ist keine Frage, dass wir einen Anlass haben – Im Gegenteil, es ist höchste Zeit, dass auch NRW endlich ein landeseigenes Hilfsprogramm auf die Beine stellt. Aber die Aufnahme eben dieses Gelds über den Coronarettungsschirm, das geht gegen die Verfassung. Das war bekannt, und zwar schon sehr lange – sogar der Finanzminister hat es bestätigt. Trotzdem hat die Regierung im Oktober und November mehrere Milliarden aufgenommen, obwohl schon da klar war, dass das Geld gar nicht für Coronahilfen ausgegeben werden kann. Das Ergebnis kam in Form einer Pressemitteilung der Chefin des Landesrechnungshofs. Wir hatten daraufhin hier in Düsseldorf einen weiteren Nachtragshaushalt auf dem Tisch –

5 Milliarden auf Kredit als Sondervermögen. Dafür wurde von Schwarz-Grün die „Notsituation“ erklärt, um die Schuldenbremse lockern zu können. Auslöser war die schlechte wirtschaftliche Lage – nur, vor einigen Wochen sah es genauso aus, aber damals wollte man von der Notsituation noch nichts wissen. Nicht nur das – es weiß auch niemand, wofür genau die Milliarden ausgegeben werden. Immerhin 1,6 Milliarden wurden jetzt etwas konkreter ausgeführt – aber was ist mit den restlichen 3,4 Milliarden? Wir als SPD unterstützen notwendige Hilfe in diesen schweren Zeiten, auch wenn das bedeutet, neue Schulden aufzunehmen. Jedoch müssen wir sie zielgerichtet ausgeben, um den Schwächeren zu helfen, zum Beispiel mit einem Härtefallfond. Wir müssen auch in diejenigen investieren, die Rechnung zahlen werden – in Bildung, Klimaschutz und ÖPNV. Ob und wie das passiert, ist noch unklar. Auch hier gab es eine Rückmeldung des Rechnungshofs: ohne Angaben wofür das Geld ist und wie es zurückgezahlt werden soll, ist das Sondervermögen wieder nicht verfassungskonform. Das ist nur eine Einschätzung – aber als Politiker*innen müssen wir verantwortungsbewusst handeln. Und das beinhaltet selten, den Landesrechnungshof zu ignorieren. Eines ist deutlich – das sind nicht nur die kürzesten, sondern auch die chaotischsten Haushaltsberatungen, die NRW je gesehen hat. Dazu passt, dass keine 24 Stunden vor Beginn der Plenarsitzung der Gesetzentwurf wieder zurückgezogen wurde. Bei Redaktionsschluss (17:20) war noch nicht klar, worüber am nächsten Tag überhaupt abgestimmt werden soll.

ENTSCHÄDIGUNGEN FÜR DIE OPFER VON LÜGDE

ZU UNSEREM ANTRAG: „MISSBRAUCHSKOMPLEX LÜGDE“ - OPFER UND DEREN FAMILIEN BRAUCHEN DRINGEND HILFE

Vier Jahre ist es her, dass der Missbrauchskomplex von Lüge aufgedeckt wurde. Die Täter sind gottseidank bereits hinter Schloss und Riegel – nur die Opfer warten immer noch auf eine Entschädigung. Die kann natürlich das erfahrene Leid nicht aufwiegen – aber sie kann Opfer zumindest finanziell entlasten und bei zusätzlichen Therapie-

maßnahmen helfen. Immer noch stehen in NRW 31 von 32 Entscheidungen aus. Wir als SPD haben darum eine Sondersitzung des Untersuchungsausschuss beantragt – es kann nicht sein, dass es Jahre dauert, bis Entscheidungen gefällt werden. Dabei ist besonders perfide, dass die Beweislast eines „Schadens“ bei den Opfern liegt: Kinder, die Furchtbares erlebt haben, müssen Fremden von ihren Erlebnissen berichten und ihr ganzes Leben vor ihnen ausbreiten. Wir **forderten in unserem Antrag**, dass, ähnlich wie bei der Love Parade, ein Sonderfond für die Opfer eingerichtet wird, damit sie jetzt Hilfe erhalten. Zudem eine Ombudsperson, damit sie einen Ansprechpartner haben, der ihnen in diesem Prozess zur Seite steht. Außerdem, und besonders wichtig, müssen wir das Verfahren auf den Prüfstand stellen. Eine so lange Zeitspanne ist einfach nicht akzeptabel. Traurigerweise wurde auch dieser Antrag abgelehnt – nicht nur das, die anderen Fraktionen haben sich für einen Entschließungsantrag entschieden, der im Grunde genommen nichts beinhaltet. Mit dem Verweis auf die Stiftung Opferschutz, die sich am 09. Dezember konstituiert hat, wurden Ombudsperson und Sonderfond abgelehnt und ein vager Prüfauftrag an die Landesregierung erteilt. Besonders traurig – die Stiftung Opferschutz ist zwar gut – zahlt aber nur wenn das gesetzliche Verfahren nicht erfolgreich war. Das heißt, die Opfer müssen den langwierigen und manchmal retraumatisierenden Prozess durchleben – und dann noch einmal auf die Stiftung warten. Das eigentliche Problem, dass die Kinder von Lüge JETZT Unterstützung brauchen, wird ignoriert. Gutes Regieren geht anders.





STRASSENAUSBAUBEITRÄGE ABSCHAFFEN

ZU UNSEREM ANTRAG: STRASSENAUSBAUBEITRÄGE ENDLICH ABSCHAFFEN – STICHTAG ANPASSEN

Über eine halbe Million Menschen in NRW haben sich der Bürgerinitiative für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge angeschlossen. Mit großem Getöse hatte die CDU die Abschaffung kurz vor der Wahl in Aussicht gestellt – nur passiert ist leider nichts! Das Modell der 100%-tigen Förderung, wie es die CDU damals durchgesetzt hat, bietet weder Planungssicherheit noch Entlastung für Kommunen und Anwohner:innen. Die Kommunen sind immer noch gesetzlich verpflichtet, die Beiträge zu erheben – und müssen jetzt zusätzlich die Förderung beantragen, damit die Anwohner:innen nicht doch zahlen müssen. Das bindet Personal in den ohnehin schon knapp besetzten Verwaltungen und kostet uns viel Steuergeld. Die Förderung ist außerdem nirgends gesetzlich verankert. Das heißt: es gibt keine Garantie, dass sie auch die nächsten Haushalte überlebt. Außerdem werden nur Baumaßnahmen, die nach dem 01.01.2018 beschlossen wurden, gefördert. Viele bekommen aber jetzt Bescheide über ältere Sanierungen. Entlastung und Rechtssicherheit geht anders. **Wir haben daher gefordert**, Straßenausbaubeiträge endgültig abzuschaffen, und die Einnahmeausfälle den Kommunen zu erstatten. Leider konnten sich CDU und Grüne dem nicht anschließen.



MIETER:INNEN SCHÜTZEN MIETPREISE SENKEN

ZUM UNSEREM ANTRAG: IN NRW WIRD AN DER MIETSCHRAUBE GEDREHT – MIETERINNEN UND MIETER VOR WUCHER UND INFLATION SCHÜTZEN

Schon seit vielen Jahren steigen die Preise für Häuser sehr stark an. Einige Experten gehen davon aus, dass der Kauf einer Immobilie für 80 Prozent aller Menschen in Deutschland nicht mehr möglich ist. Was dabei häufig untergeht: auch der Mietpreis ist sehr stark gestiegen. Erst vor kurzem wurden zum ersten Mal die Mieten in einer Großstadt näher untersucht – das Ergebnis: starke Über-
teuerung, oft überhöhte Erhöhung der Mieten, teilweise Wucher.

Im Münsterland ist besonders die Stadt Münster betroffen.

Die Auswirkungen sind nicht zu unterschätzen, denn die hohen Mieten in der Stadt ziehen auch die Mieten im Umland nach oben.

Es gäbe gesetzlich die Möglichkeit einer Mietpreisbremse – aber in NRW gilt die nur für 18 Kommunen. In Bayern dagegen in über 140. **Wir wollen daher**, dass die Landesregierung endlich mehr mietpreisgebundenen Wohnraum schafft, und Kommunen dazu befähigt, den Mietmarkt stärker zu überwachen.

Außerdem braucht es ein Mietmoratorium – gerade in den jetzigen Zeiten darf ein Dach über dem Kopf nicht zum Luxus werden!

WEIL TEILHABE AUCH EINE SACHE DES GELDES IST

ZU UNSEREM ANTRAG "NRW BRAUCHT JETZT EINE STRATEGIE GEGEN ARMUT"

Jede fünfte Person in Nordrhein-Westfalen ist von Armut betroffen – und es werden immer mehr. Besonders Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Kinder und Jugendliche sind betroffen. In Anbetracht der derzeitigen Entwicklungen wird die Zahl voraussichtlich noch einmal deutlich steigen. Armut wirkt sich auf das ganze Leben aus – und hat außerdem große gesellschaftliche Auswirkungen. Sie ist eine Frage des Geldes, aber auch der sozialen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das Geld für das Fußballtraining der Tochter oder für den Kinobesuch mit Freunden fehlt vielen Menschen. Damit droht ihnen auch soziale Isolation und Einsamkeit. Viele ältere von Armut betroffene Menschen können auch ihre Pflege nicht mehr bezahlen. Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, haben nicht nur schlechtere Startbedingungen im Leben, sondern auch schlechtere Zukunftserwartungen, etwa im Bereich Bildung und Beruf. Kinder aus armen Familien erhalten zum Beispiel seltener einen Kita- oder Ganztagsplatz und haben schon allein durch diese Tatsache eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten.

Ihnen werden Bildungsinhalte und ein gesundes Mittagessen verwehrt, sie werden mitunter sozial ausgeschlossen. Besonders dramatisch ist die Situation für Kinder aus armen Familien, die in finanzschwachen Kommunen leben, denn hier können auch viele entlastende Programme nicht durchgeführt werden. Nicht nur das – alles, was diesen Kindern auf Grund der Armut am Start ihres Lebens entgeht, kann sich bis weit ins Erwachsenenalter hinein auswirken. Auf Bundesebene hat die Ampel u.a. mit dem Bürgergeld Schritte ergriffen, damit nicht noch mehr Menschen in die Armut abrutschen. Es ist höchste Zeit, dass auch das Land etwas tut – und zwar langfristig. Denn wir schaffen es nur dann, Menschen dauerhaft aus der Armut zu befreien, wenn wir die Wurzeln des Übels ausmerzen. **Darum fordern wir** eine Strategie für NRW, um Armut dauerhaft zu bekämpfen, sowie die Unterstützung von sozialen Einrichtungen. Gerade in der Krise! Außerdem wollen wir, dass Kinder aus armen Familien trotzdem beste Bildung erhalten, und mit Maßnahmen wie Lernmittelfreiheit oder kostenfreien Mittagessen aktiv gegen die Auswirkungen von Armut vorgehen.



BLICK HINTER DIE KULISSEN - TEIL II

- MEINE ARBEIT IM AUSSCHUSS FÜR UMWELT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND LÄNDLICHE RÄUME

In meinem letzten Newsletter hatte ich euch von meiner Idee erzählt, euch meine Ausschüsse einmal einzeln vorzustellen. In der letzten Ausgabe ging es um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch – heute geht es um den Umweltausschuss.

Der Umweltausschuss heißt mit vollem Namen Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume, kurz AULNV. Er hat 24 Mitglieder, von denen wir als SPD sieben stellen. Unser Sprecher ist René Schneider, Abgeordneter aus Kamp-Lintfort und wohnt damit quasi "ums Eck". Den Vorsitz führt die Abgeordnete Frau Dr. Peill von der CDU.

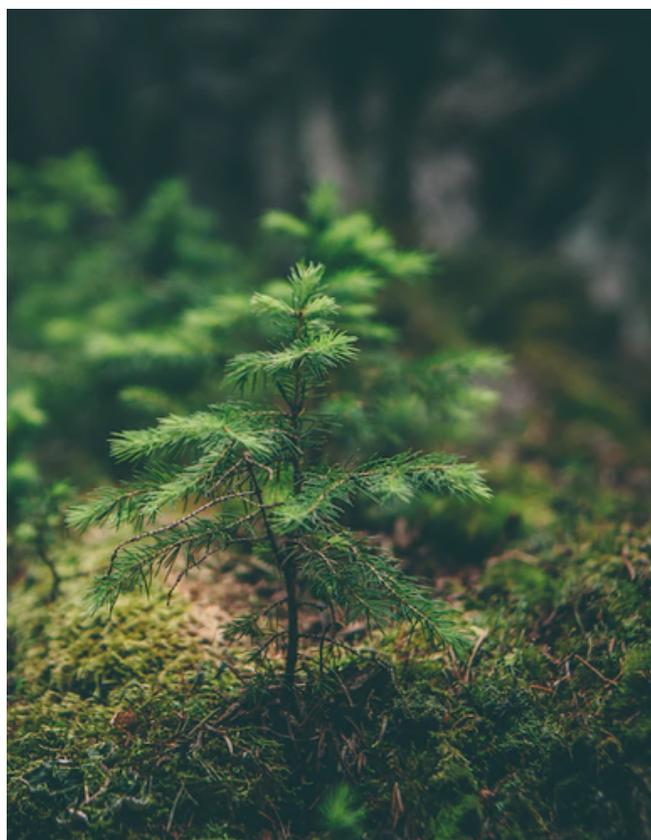
Anders als bei anderen Ausschüssen sitzen uns hier nicht ein, sondern gleich zwei Mitglieder der Landesregierung gegenüber – die Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz, Silke Gorißen von der CDU, und der Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer von den Grünen. Der Ausschuss kommt circa einmal im Monat zusammen, und tagt Mittwochnachmittags. Je nach Thema kann es schon mal spät in den Abend hinein gehen. Die Themensetzung liegt bei den Ausschussmitgliedern, bzw. der Landesregierung.

Wir können Berichtsfragen zu bestimmten Themen stellen und die Landesregierung kann über tagesaktuelle Themen berichten.

So lang wie der Name ist auch die Bandbreite an Themen, die wir behandeln. Hier geht es zum Beispiel um Abfall, Kleingärtnervereine, Naturschutzthemen wie den Wolf, das Budget für die Biostationen, aber auch wasserrechtliche Fragen oder Verbraucherschutzthemen, wie zB. Lebensmittelverunreinigungen und Schuldnerberatung. Große Themenblöcke sind auch die Landwirtschaft und der Wald – gerade erstere ist für den Kreis Borken natürlich sehr wichtig. Zu guter Letzt gibt es noch das Querschnittsthema „ländliche Räume“, für das ich verantwortlich bin. Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz unter Ministerin Gorißen soll hier den Hut aufhaben.

Leider hat sich schon nach den ersten Sitzungen gezeigt, dass wir hier nicht allzu viel erwarten können. Für die CDU bestehen die ländlichen Räume nach wie vor fast nur aus Landwirtschaft. In fast jedem Politikbereich ist es aber eigentlich notwendig, die ländlichen Räume separat zu denken – sei es ÖPNV, das Thema Schule und Bildung, Ausbildung, Jugend- und Familienpolitik, Daseinsvorsorge, Teilhabe usw... Lösungen für die Stadt lassen sich nun mal nicht eins zu eins auf die ländlichen Räume übertragen.

Bisher waren die Antworten auf meine Nachfragen sehr enttäuschend – es scheint nicht so als würde das MLV seine Koordinierungsrolle besonders ernst nehmen. Das ist sehr schade, sind die ländlichen Räume doch schon lange nicht nur Wirtschaftsmotor unseres Bundeslandes, sondern auch Heimat für viele Millionen Menschen. Auch der Kreis Borken ist in vielen Gebieten sehr ländlich – darum werde ich hier am Ball bleiben!





BESUCH IN WERKSTATT- UND WOHNGRUPPE DER STIFTUNG HAUS HALL

MEIN BESUCH BEI DER STIFTUNG HAUS HALL IN GESCHER

Zwischen den Plenartagen war ich zu Besuch auf dem Stiftungsgelände vom Haus Hall in Gescher. In der Gruppe 11 des Zweiten Lebensraums in der Werkstatt zeigten mir der Abteilungsleiter Tobias Schaller und Geschäftsführer Dr. Thomas Bröcheler, wie Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen Teilhabe an Arbeit ermöglicht wird. Besonders die Gespräche mit den Beschäftigten, die Arbeit der Werkstätten insgesamt aber auch der Einblick in die Wohn- und Pflegesituation von schwerst- und mehrfach behinderten Menschen sind wichtige Eindrücke, die ich mitnehmen werde. Die Arbeit der Stiftung und die täglichen Fragen und Herausforderungen für Mitarbeitende und Bewohner haben mich sehr beeindruckt! Ich freue mich, so eine Einrichtung im Wahlkreis zu haben!

Infobox: Haus Hall

Die Menschen vom Haus Hall stellen viele schöne und nützliche Dinge her! Wer im Shop vorbei schauen will, findet alle Infos unter <https://www.haushall.de/arbeitsberufsbildung/werkstattladen/>



HILFE FÜR TIERHEIM BOCHOLT

AUFRUF ZUR HILFE FÜR UNSER TIERHEIM

Unsere Tierheime stehen gerade vor einer Vielzahl von Herausforderungen: Die Energiepreise steigen, Tierfutter wird immer teurer, die neue Tierarztverordnung hat die Preise erhöht - und zeitgleich müssen sich immer mehr Menschen von ihren geliebten tierischen Freunden trennen, weil genau diese Faktoren auch sie trifft. Tierheime bekommen von Kommunen zwar Geld - aber das macht in Bocholt zum Beispiel nur 30 Prozent aus. Der Großteil ihrer Arbeit ruht auf den Schultern von Ehrenamtlichen und Spendengeldern aus der Bevölkerung. Auch unser Tierheim in Bocholt steht vor vielen Herausforderungen. Jedes Jahr nimmt das Tierheim ca. 1000 Tiere auf - nur derzeit ist es fraglich, ob es das nächste Jahr auch noch kann.

Ich selber werde auch in den nächsten Tagen vorbei schauen und ein bisschen was mitbringen. Ich freue mich, dass schon jetzt mehrere Firmen und auch die Kommune das Tierheim finanziell unterstützen. **Hier** könnt auch ihr spenden! Gemeinsam können wir unser Tierheim offen halten!



TIERHEIM BOCHOLT
... mehr als nur ein Tierheim



DER JUGENDTREFF „ALTE FABRIK“

ZUM BESUCH BEIM TEAM DER ÖFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT IN RHEDE

Im November habe ich den Jugendtreff „Alte Fabrik“ in Rhede besucht.

Mit Marvin Buchecker, Marvin Oesterwind, Jutta Terwiel und Doris Großbeuting habe ich mich lange über verschiedenste Themen der Kinder- und Jugendarbeit unterhalten. Gerade in Hinblick auf meine Arbeit im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und in der Kinderschutzkommission ging uns der Gesprächsstoff nicht aus. Ich habe viele wichtige Hinweise und Ideen aus der Praxis mit nach Düsseldorf nehmen können.

Aktuell arbeitet das Team der "Alten Fabrik" mit den Kindern und Jugendlichen in Eigenregie an einer Bikeanlage, welche auf dem weitläufigen Außengelände immer mehr Gestalt annimmt. Weil mir das Engagement und die Arbeit des Jugendtreffs so gut gefiel, gerade auch mit Blick auf die Hintergründe zur Bikeanlage, habe ich Marvin Buchecker gebeten, einen Gastbeitrag zu schreiben.



Dabei geht es nicht nur um die Entstehung des Bikeparks, sondern auch darum, was Politik machen muss, um Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen. Marvins lesenswerten Gastbeitrag findet ihr auf den nächsten Seiten.



ES HAT ALLES IM JAHR 2021 ANGEFANGEN. MIT EINEN HÜGEL VOLL DRECK IN EINEM WALDGEBIET IN BOCHOLT...

EIN GASTBEITRAG VON MARVIN BUCHECKER

Wie der ein oder andere aus dem Südkreis mitbekommen hat, gab es vergangenes Jahr eine Initiative von mehreren Gruppen, Kindern und Jugendlichen aus Rhede und Bocholt, die sich um einen illegalen Bike Park am Winkelhauser Esch drehte. Hintergrund war der zweite Lockdown im Frühjahr 2021, der erneut die sozialen Räume von jungen Menschen in der BRD beschnitt. Dazu kam ebenfalls, dass auch alle öffentliche Sportanlagen geschlossen wurden. Die jungen Menschen, ungefähr 40 bis 80 Kinder und Jugendliche, hatten sich daraufhin in den Hohenhorster Bergen bei Bocholt eine eigenen Alternative geschaffen. Folgend beschreibt einer der damalig Beteiligten das Erlebte (Auszug aus Experteninterview):

Jugendlicher 14: *„Da haben wir in Hohenhorstern Bergen, haben wir für uns eine kleine Strecke gebaut. Und dann sind wir da immer gefahren, haben gebaut, und Spaß gehabt, haben uns gegenseitig verbessert und haben auch immer gutes Feedback von den Leuten mit den Hunden bekommen. Und alles... Die haben dann zugeguckt, geklatscht und gesagt: Wenn wir uns heut Abend noch mal sehen, weil wir hier noch mal langlaufen, dann kriegt ihr was Süßes oder so, weil die das so gut fanden... Und auf einmal kam ein Mann mit seinem Hund, der meinte Ja, ich hetze unseren Hund auf euch, wenn ihr nicht verschwindet, und die Hügel wieder platt macht, weil es ist Umweltverschmutzung was ihr hier macht. Aber wir haben immer unseren Müll mitgenommen, wir haben da nie was versaut. Sag ich jetzt mal und wir haben auch, äh ja klar, wir haben die Hügel umgegraben, aber wir haben Erde genommen, wo auch keine Wurzeln sind. Also wir haben nichts beschädigt, wir haben die Erde genommen, die oben... Wir haben nur oben die oberste Schicht abgekratzt und da ein paar Sprünge gebaut.“*

Jugendlicher 14: *„Und dann auf einmal kam halt Jugendamt und alles an...öhm“*

Marvin Buchecker: *„Ordnungsamt?“*

Jugendlicher 14: *„Ja, Ordnungsamt (Der Stadt Bocholt). Und die meinten dann, dass wir Glück haben, dass wir keine Anzeige kriegen. Ähm, wir sollen jetzt abhauen. Das wird alles platt gemacht. Wenn wir dann noch mal hingehen, kriegen wir eine Anzeige, und das ist ja auch verboten durch zu fahren. Dann sind wir da vorbeigefahren...Letztens... Haben wir auch gesehen wie der, der uns angemotzt hat, weil wir da mit Fahrrädern gefahren sind, ist er selber mit dem Fahrrad durchgefahren und das hat auch noch mal tief gesessen, weil das war halt unser Ort, wo wir uns immer getroffen haben... Zusammen...“*

An dieser Stelle ist anzumerken, dass der Jugendliche eine Erfahrung schildert, die von 2020 bis Ende 2021 auf viele junge Menschen in Deutschland zutreffen kann: der Staat vertreibt sie von oben herab aus sozialen Räumen, verwehrt ihnen das Einnehmen dieser Räume und begegnet ihnen nicht auf Augenhöhe. Dazu wurden sie öffentlich als Pandemietreiber betitelt und das jugendliche Grundbedürfnis nach Gemeinschaft in der Peer-Group kriminalisiert (**Hier** mehr dazu von den Offenen Türen NRW). Dass diese ganzen Maßnahmen aus gesundheitlichem Schutz gewiss eine Berechtigung hatten, möchte ich damit nicht anzweifeln – es sollte nur von politischen Akteuren berücksichtigt werden, wenn diese fordern, dass Kinder und Jugendliche ein positives Bild von Demokratie und möglicher Partizipation über Parteien, Jugendforen oder



ES HAT ALLES IM JAHR 2021 ANGEFANGEN. MIT EINEN HÜGEL VOLL DRECK IN EINEM WALDGEBIET VON BOCHOLT...

EIN GASTBEITRAG VON MARVIN BUCHECKER

Gremien zu entwickeln haben. Politische Bildung und politische Teilhabe benötigt nämlich Erfahrungsräume und das Setting dieser Erfahrungsräume prägt maßgeblich die Auseinandersetzung. Im Falle der Bike Strecke Bocholt haben die jungen Menschen eine große Machtlosigkeit und demokratische Lähmung erfahren – Teilweise splitterte die Gruppe auf und versuchte über diverse Aktionen ihrem Bedürfnis nach der „Mountainbike Strecke“ (Freizeiträume) Ausdruck zu verleihen. Ein Teil dieser jungen Menschen, hat sich daraufhin an unsere mobile Jugendarbeit des Jugendwerks Rhede gewandt – und da ist aus politikwissenschaftlicher Sicht etwas sehr Interessantes passiert. Die jungen Menschen haben nicht die kommunalen Parteien oder Vereine genutzt, um ihre politische Forderung nach einem städtischen Bikepark ([Hier](#) dazu ein Presseartikel) in der Stadt Rhede sichtbar zu machen. Sondern sie haben über die Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit des Jugendwerks Rhede e.V. Kontakt zum Bürgermeister der Stadt aufgenommen. Somit konnten die jungen Menschen zwischen 12 und 16 Jahren mit dem Behördenvertreter die Wichtigkeit ihres Anliegens aushandeln. Das erfreuliche Ergebnis ist ein Beschluss des Stadtrats: Von 2021 bis voraussichtlich 2023 soll die Realisierung eines Bikeparks in Rhede umgesetzt werden. Dafür wurden 50.000 Euro in den Haushaltsplan der Stadt Rhede aufgenommen. Auch wir als hauptamtliche Mitarbeiter unserer Einrichtung haben wichtige Erkenntnisse dadurch gewonnen:

- Die Jugendlichen waren darüber informiert, dass es mittels der Parteien und Vereine möglich wäre, ihr Anliegen „Bikepark“ im Stadtrat zu thematisieren. Sie haben sich jedoch bewusst für die Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit entschieden.
- Sie haben sich mit Hilfe der Einrichtung als Gruppe organisiert und die hauptamtlichen Mitarbeiter als „Übersetzer“ ihrer Forderung genutzt. Gleichzeitig sollten die hauptamtlichen Mitarbeiter die Reaktionen von Bürgermeister, Stadtverwaltung und Stadtrat aufnehmen und an die jungen Menschen weitergeben.
- Sie haben den hauptamtlichen Sozialarbeitern zurückgemeldet, dass sie über diese Thematik eine positive Einstellung zur Demokratie und ein neues Verständnis von Teilhabe und Mitbestimmung in der Demokratie entwickelt haben.
- Die jungen Menschen fordern und entwickeln mit Unterstützung der hauptamtlichen Sozialarbeiter neue Strukturen innerhalb der Stadt Rhede, die ihnen dabei helfen, selbst besser partizipieren zu können.

Ein ganz wichtiger Anspruch, den Jugendliche an politische Akteure stellen, ist die Bereitschaft zuzuhören und sie bei Lösungsfindungen mit einzubeziehen. Sie fordern, als Experten ihrer Lebenswelt wahr genommen zu werden. Gleichzeitig erkennen sie durchaus, ob ihre politische Beteiligung ehrlich oder nur „scheinheilig“ von Politiker*innen gefordert wird. Es muss klar ersichtlich sein, warum Mandatsträger diese Expertise einfordern - was passiert mit den Infos der Kinder- und Jugendlichen? Werden diese im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt und die Entscheidungen altersgerecht zurück gekoppelt? Politiker*innen und Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit sollten sich immer fragen: Warum suchen sie den politischen Austausch mit jungen Menschen und sind sie bereit, Arbeit und Zeit in diesen politischen Prozess zu investieren? Als Schlussfolgerung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Rhede, bedeutet dies einen Ausbau des Netzwerks der Fachkräfte mit politischen Akteuren vor Ort, sowie eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Einrichtungsformate der OKJA im Abgleich mit den Qualitätskriterien.

ES HAT ALLES IM JAHR 2021 ANGEFANGEN MIT EINEN HÜGEL VOLL DRECK IN EINEM WALDGEBIET VON BOCHOLT.....

EIN GASTBEITRAG VON MARVIN BUCHECKER

Ergänzend dazu sollte eine quantitative Datenerhebung mit einer größeren Stichprobe junger Menschen aus Rhede durchgeführt werden, um die bestehenden Qualitätskriterien zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Um diese Schlussfolgerung in die Praxis umzusetzen, wurde daher die neue Einrichtung Jugendbüro Rhede im Jugendwerk Rhede e.V. im März 2022 integriert. Sie hat das Leitziel, politische Bildung von jungen Menschen im sozialen Raum der Stadt nachhaltig zu ermöglichen und strukturell zu verankern. Dazu erhebt das Jugendbüro regelmäßig Daten über die politischen Bedürfnisse der jungen Menschen vor Ort, wertet diese aus und macht die Ergebnisse für relevante Akteure in der Jugendpolitik zugänglich. Das Konzept des Jugendbüros wurde anhand einer Bedarfsermittlung der pädagogischen Fachkräfte des Jugendwerk Rhede e.V. entwickelt. Gefördert wird sie über den Kinder- und Jugendförderplan des Kreis Borkens, einem Förderplan der finanzielle Mittel für nachhaltige politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Kreis ermöglicht. Ob im Sinne der Kinder und Jugendliche liegt letztendlich aber auch an Träger und Professionalität der pädagogischen Fachkräfte. Denn um nachhaltige Jugendpolitik zu verankern, müssen individuelle Bedarfsermittlungen durchgeführt werden – Welche Methode oder welches Instrument brauchen sie zur politischen Teilhabe in Ihrer Kommune? Konkret bedeutet das: Ein Jugendforum, das in Stadtlohn funktioniert, kann nicht einfach für andere Kommunen kopiert werden – denn verständlicherweise sind die Bedürfnisse und demokratischen Kenntnisse der Jugendlichen unterschiedlich. Sich dieser Individualität bewusst zu sein, ist ein wichtiger Ausgangspunkt für den Aufbau jugendpolitische Infrastruktur.

Dass freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit einen politischen und wissenschaftlichen Anspruch als wichtige Akteure in der Jugendpolitik und demokratischen Bildung erheben, basiert auf der Auseinandersetzung aktueller Studien mit und gesetzlichen Anforderungen an das Handlungsfeld. Wir wollen kritisch anmerken, dass dies jedem Akteur in der Praxis bewusst ist, und auch, dass das Handlungsfeld in der Jugendhilfe sich mit Ende der Coronapandemie neu finden muss. Auch setzt die Ausrichtung der pädagogischen Arbeit in diesem Bereich eine hohe Professionalisierung der Fachkräfte voraus. Dazu gehört neben der beruflichen Haltung ein fundiertes Wissen über unser politisches System und ein Grundverständnis von Politik insgesamt. Das ist in den meisten Ausbildungen nicht enthalten. Viele Fachkräfte haben auf Grund der begrenzten Stellenschlüssel auch keine Möglichkeit, sich in diesen Bereichen weiterzubilden. Das heißt nachhaltige Infrastrukturen für politische Teilhabe junger Menschen erfordert: Professionalität, Zeit, politischen Willen und Geld.

Vielen Dank für deine
Perspektive, Marvin!

Impressum

Homepage: nina-andrieshen.de

Facebook: [ninaandrieshennrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshennrw)

Instagram: [nina_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

Nina Andrieshen MdL | Franzstraße 26
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138